

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/032(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 28.04.2011	Ratssaal	14:00Uhr	20:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 31.(V) Sitzung des Stadtrates vom 31.03.2011
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. § 7 der GO des Stadtrates T0084/11
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Städtepartnerschaftsvertrag mit Le Havre (Frankreich) DS0101/11
BE: Oberbürgermeister
- 5.1.1 Städtepartnerschaftsvertrag mit Le Havre (Frankreich) DS0101/11/1
Fraktion DIE LINKE

5.2	Reise nach Le Havre BE: Oberbürgermeister	DS0132/11
5.3	Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0030/11
5.4	Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0031/11
5.5	Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0099/11
5.6	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Januar 2010 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0056/11
5.7	Konsolidierungskonzept Eigenbetrieb Puppentheater der Stadt Magdeburg 2011-2015 BE: Bürgermeister	DS0107/11
5.8	Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 111-5 "Milchweg/Birkenweiler 4. Gartenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0003/11
5.9	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 111-5 "Milchweg/ Birkenweiler 4. Gartenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0004/11
5.10	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-5.1 "August-Bebel-Damm 17" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0007/11
5.10.1	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-5.1 "August-Bebel-Damm 17" Oberbürgermeister	DS0007/11/1
5.11	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 178-5 "Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0011/11
5.12	4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225-2 "Saures Tal" in einem Teilbereich im vereinfachten Verfahren und öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfs BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0014/11
5.13	Verkleinerung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 103- 5 "Südlich Burger Straße/Ihleburger Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0032/11
5.14	Benennung des Quartiers "Wissenschaftshafen" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0033/11

5.15	Einziehung eines Teilstücks der Juri-Gagarin-Straße BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0047/11
5.16	Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 103-2C "Korbwerder" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0549/10
5.17	Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs zum B-Plan 103-2C "Korbwerder" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0550/10
5.18	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 "Wohnpark Frankefelde" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0572/10
5.18.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B- Plan Nr.354-2.1 "Wohnpark Frankefelde" Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0572/10/1
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Rechtsstreitigkeiten Fraktion CDU/BfM WV v. 13.12.2010 (Haushaltsdebatte)/31.03.2011	DS0414/10/17
6.1.1	Rechtsstreitigkeiten	S0014/11
6.2	Denkmalbeirat Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 16.09.2010	A0121/10
6.2.1	Denkmalbeirat Fraktionen CDU/BfM und FDP	A0121/10/1
6.2.2	Denkmalbeirat	S0247/10
6.3	LH Magdeburg - Zweitgrünste Stadt Deutschlands Fraktion DIE LINKE WV v. 14.10.2010	A0144/10
6.3.1	LH Magdeburg - Zweitgrünste Stadt Deutschlands	S0042/11
6.4	Graffiti-Projekt Lärmschutzwand Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 11.11.2010	A0156/10

6.4.1	Graffiti-Projekt Lärmschutzwand Ausschuss StBV	A0156/10/1
6.4.2	Graffiti-Projekt Lärmschutzwand Ausschuss UwE	A0156/10/2
6.4.3	Graffiti-Projekt Lärmschutzwand	S0296/10
6.5	Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes Goethestraße/Martin-Agricola-Straße Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 11.11.2010	A0162/10
6.5.1	Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes Goethestraße/Martin-Agricola-Straße Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0162/10/1
6.5.2	Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes Goethestraße/Martin-Agricola-Straße	S0301/10
6.6	Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen Fraktion DIE LINKE WV v. 11.11.2010	A0168/10
6.6.1	Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen Ausschuss StBV	A0168/10/1
6.6.2	Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen	S0317/10
6.7	Einsatz von Laubpustern und Laubsaugern vermeiden Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 09.12.2010	A0180/10
6.7.1	Einsatz von Laubpustern und Laubsaugern vermeiden	S0010/11
6.8	Magdeburger Stadtansichten - Bildschirmschoner für Bürger FDP-Fraktion WV v. 27.01.2011	A0003/11
6.8.1	Magdeburger Stadtansichten - Bildschirmschoner für Bürger FDP - Fraktion	A0003/11/1
6.8.2	Magdeburger Stadtansichten - Bildschirmschoner für Bürger	S0052/11
6.9	10.000 Stunden für Ottos Enkel Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 27.01.2011	A0007/11

6.9.1	10.000 Stunden für Ottos Enkel Fraktion DIE LINKE	A0007/11/1
6.9.2	10.000 Stunden für Ottos Enkel	S0037/11
6.10	Öffentlicher Fahrrad-Aktionstag Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 27.01.2011	A0008/11
6.10.1	Öffentlicher Fahrrad-Aktionstag Ausschuss StBV	A0008/11/1
6.10.2	Öffentlicher Fahrrad-Aktionstag Ausschuss UwE	A0008/11/2
6.10.3	Öffentlicher Fahrrad-Aktionstag	S0056/11
	 Neuanträge	
6.11	Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland" FDP-Fraktion	A0053/11
6.12	Kosten für Kinderbetreuung FDP-Fraktion	A0052/11
6.13	Relaunch Internetauftritt LH MD FDP-Fraktion	A0054/11
6.14	Feuerwehrführerschein FDP-Fraktion	A0055/11
6.15	Verkehrsanbindung Beyendorf-Sohlen FDP-Fraktion	A0056/11
6.16	Verwendung des OTTO-Design durch alle Städtischen Betriebe und Einrichtungen FDP - Fraktion und Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0059/11
6.17	Bewahrung des bauhistorischen Erbes der Landeshauptstadt Fraktion CDU/BfM	A0060/11
6.18	Einsatz von Bio-Hundekotbeuteln FDP-Fraktion	A0061/11
6.19	Belebung der Goldschmiedebrücke Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0051/11

6.20	Öffnung von Schuleinzugsbereichen Interfraktionell	A0058/11
6.20.1	Öffnung von Schuleinzugsbereichen Fraktion DIE LINKE	A0058/11/1
6.21	Missbilligung Stadtrat Czogalla Fraktion DIE LINKE	A0045/11
6.22	Speakers' Corner für den Ulrichsplatz Fraktion DIE LINKE	A0049/11
6.23	Kompetenzen für Städtepartnerschaften bündeln Fraktion DIE LINKE	A0063/11
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Gleisumbauarbeiten im Rebenweg	F0062/11
8.2	Maßnahmen des Jugendamtes bei Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlungen	F0064/11
8.3	Verwahrlostes Gelände Burger Straße	F0066/11
8.4	Brandschutz an Kitas und Schulen	F0067/11
8.5	Folgen der Aussetzung der Einziehung zur Wehrpflicht	F0068/11
8.6	Kriegerdenkmal in Fermersleben	F0069/11
8.7	Studie zur Bürgerorientierung in Mitteldeutschland	F0071/11
8.8	Probleme während der Werkstofftonnumstellung	F0072/11
8.9	Bevölkerungszahlen bei den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit	F0073/11
8.10	Aktueller Sachstand Radwegeverbindung zwischen Alt-Olvenstedt und Ebendorf	F0074/11

8.11	Vorfahrtsregelung Gr. Steinernetischstraße	F0075/11
9	Informationsvorlagen	
9.1	Magdeburg als Standort für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erhalten	I0079/11
9.2	Einladung zur Einwohnerversammlung für den Stadtteil Beyendorf-Sohlen	I0108/11
9.3	Verlinkung des Internetangebotes der Stadt auf den Homepages hiesiger Unternehmen	I0096/11
9.4	Bewerbung um Germany Travel Mart (GTM)	I0097/11
9.5	Information Jahr der Jugend	I0044/11
9.6	Gläserne Blume	I0091/11
9.7	Betreuung von Menschen mit Behinderung im Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg	I0055/11
9.8	Information zum aktuellen Stand der qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Magdeburg-Passes	I0061/11
9.9	Überplanung des Gebietes am Salbker See I	I0067/11
9.10	Eisenbahnknoten Magdeburg, Eisenbahnüberführungen Ernst-Reuter-Allee und Erich-Weinert-Straße	I0048/11
9.11	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 GO LSA über die Winterschadensbeseitigung 2010/2011 (Schlaglochprogramm)	I0113/11

Nichtöffentliche Sitzung

- 10 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
- 10.1 Sachstand Nutzung Alte Staatsbank F0070/11
- 11 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 11.1 Überlassung des Objektes Othrichstr. 30 an den Bürgerverein Neustädter Feld e.V.
BE: Oberbürgermeister DS0039/11
- 11.2 Konzessionsvertrag
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen DS0057/11
- 11.3 Städtebaulicher Vertrag SKET - Freie Straße zum B-Plan Nr. 410-4 (Aufstellungsbeschluss)
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0084/11
- 11.4 Städtebaulicher Vertrag B-Plan Nr. 103-2c "Korbwerder"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0086/11
- 12 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 12.1 Besetzung eines Aufsichtsrates
Fraktion CDU/BfM A0057/11

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 32. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	40	“	“
maximal anwesend	51	“	“
entschuldigt	6	“	“

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 839-32(V)11

Stadträtin Edeltraud Rogée wird ab dem 01. Mai 2011 ihr Stadtratsmandat niederlegen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper in seiner Dienstberatung am 05.04.2011 folgenden Antrag auf Auszeichnung nach § 7 der Ehrenbürgersatzung mit der Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ beschlossen hat:

Schuhmacherei Lothar & Maik Gerecke GbR
 Eingereicht am 14.02.2011
 Gründungsdatum: 01.07.1911
 „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold

DS0114/11 – Beschlussnummer 084-13/11

Der Ortsbürgermeister von Randau-Calenberge Herr Kräuter gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

Die ergänzende Vorlage der Information I0113/11 unter TOP 9.11 wird vom Stadtrat einstimmig bestätigt.

2. zurückgezogene TOP

Der TOP 6.1 – DS0414/10/17 wird von der Fraktion CDU/BfM von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**. Die Wiedervorlage des Änderungsantrages DS0414/10/17 ist für den Herbst 2011 geplant.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg zieht den TOP 6.7 – A0180/10 von der heutigen Tagesordnung **zurück**. Er bittet darum, den Antrag im Rahmen der Überarbeitung der Gefahrenabwehrverordnung zu beraten.

3. Hinweise

Unter TOP 6.16 – A0059/11 ist in der Tagesordnung die FDP-Fraktion als Einbringer zu ergänzen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile meldet zum TOP 9.8 – I0061/11 Redebedarf an.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster meldet zum TOP 9.4 – I0097/11 Redebedarf an.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, kündigt zum TOP 9.11 – I0113/11 eine Frage an.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 31.(V) Sitzung des Stadtrates vom 31.03.2011
-

Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM:

Auf der Seite 75 ist unter TOP 6.7 im 9. Absatz zu ergänzen:

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM **Stadtrat Schwenke**

Auf der Seite 103 ist im 1. Absatz, 4. Zeile zu ergänzen:

Stadträtinnen **und Stadträte**

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 31. (V) Sitzung des Stadtrates vom 31.03.11 wird einstimmig **bestätigt**.

Stadtrat Wendenkamp, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bittet darum, auf die Richtigkeit der durch die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst vorgetragene Voten der Ausschüsse zu achten, da seines Erachtens zum Teil andere Beratungsergebnisse in den Protokollen der Ausschüsse wiedergegeben werden.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst gibt eine interfraktionelle Erklärung ab. **(Anlage 2)**

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. § 7 der GO des Stadtrates

T0084/11

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.1. Städtepartnerschaftsvertrag mit Le Havre (Frankreich)

DS0101/11

BE: Oberbürgermeister

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst weist darauf hin, dass zur Anlage 1 der Drucksache DS0101/11 ein Austauschexemplar vorliegt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, vermisst im Städtepartnerschaftsvertrag (Anlage 1) der Drucksache DS0101/11 die Wünsche der Stadt Magdeburg. Er weist in diesem Zusammenhang auf kleine Rechtschreibfehler hin.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt die Anmerkung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE und kündigt an, noch eine Anlage 2 mit den Wünschen der Stadt Magdeburg der Drucksache DS0101/11 anzufügen.

Auf Bitte des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die Drucksache DS0101/11 ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt zwar die eingehende Städtepartnerschaft, hätte aber eine Einbeziehung des Stadtrates in den Prozess gewünscht. Er legt kritisch seinen Standpunkt zum Verfahren dar und gibt Anregungen zum zukünftigen Verfahren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet die Vorgehensweise der Verwaltung und verweist darauf, dass er diese auch dem Beirat „Städtepartnerschaft“ vorgetragen hat.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag A0063/11 unter TOP 6.23 der heutigen Tagesordnung. Er bringt den Änderungsantrag DS0101/11/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0101/11/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

„... gemäß der Anlage 1 dieser Drucksache **unter Berücksichtigung der in der Drucksache (S. 4 – 6) genannten Schwerpunkte** abzuschließen.“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0101/11/1 der Fraktion DIE LINKE einstimmig:

Beschluss-Nr. 840-32(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stadt Le Havre (Frankreich) einen Städtepartnerschaftsvertrag gemäß der Anlage 1 dieser Drucksache unter Berücksichtigung der in der Drucksache (S. 4 – 6) genannten Schwerpunkte abzuschließen.

5.2. Reise nach Le Havre DS0132/11

BE: Oberbürgermeister

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 841-32(V)11

Nach Beschlussfassung des Städtepartnerschaftsvertrages mit der französischen Stadt Le Havre entsendet der Stadtrat je eine Vertreterin/einen Vertreter der Fraktionen zur offiziellen Unterzeichnung des Städtepartnerschaftsvertrages durch die Oberbürgermeister beider Städte für die Zeit vom 7. bis 9. Mai 2011.

Nach Le Havre werden entsandt:

- | | |
|--|--------------------------------|
| 1. Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! | : Stadträtin Beate Wübbenhorst |
| 2. Fraktion CDU/BfM | : Stadträtin Claudia Szydzick |
| 3. Fraktion DIE LINKE | : Stadtrat Frank Theile |
| 4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | : Stadtrat Alfred Westphal |
| 5. Fraktion FDP | : Stadtrat Dr. Helmut Hörold |

5.3. Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg
Verwaltungsgesellschaft mbH

DS0030/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 842-32(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH (Stadion GmbH) zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der Stadion GmbH wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 29.267,96 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.058,30 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.058,30 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 1.203,71 EUR zu verrechnen und den daraus entstehenden Verlustvortrag in Höhe von 854,59 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Geschäftsführern, Herrn Thomas Kucejda, Herrn Heinrich Peschers und Herrn Peter Fechner für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

5.4. Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG DS0031/11
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 843-32(V)11

3. Der Stadtrat nimmt den von der BDO geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG (Stadion KG) zur Kenntnis.
4. Die Gesellschaftervertreter der Stadion KG werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 16.682.967,78 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 172.584,63 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 172.584,63 EUR mit den saldierten Kapitalkonten der Kommanditisten in Höhe von -1.392.436,17 EUR zu verrechnen und insgesamt in Höhe von -1.565.020,80 EUR auf das Kapitalkonto II des verbleibenden Kommanditisten LH Magdeburg vorzutragen,
 - der persönlich haftenden Gesellschafterin, Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

5.5. Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG
gemeinnützige GmbH

DS0099/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 844-32(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH sowie den Konzernjahresabschluss 2010 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 199.260.973,70 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 8.163.262,31 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 8.163.262,31 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 816.326,23 EUR auf die freie Rücklage und 7.346.936,08 auf die Betriebsmittelrücklage,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Andreas Brakmann, sowie dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WRG Audit GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen,
 - den Konzernjahresabschluss 2010 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen.

5.6. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) - DS0056/11
Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Januar 2010

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0056/11 anhand einer Powerpointpräsentation umfassend ein. **(Anlage 3)**

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler spricht der Verwaltung auch im Namen der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! seinen Dank für die Erstellung der Eröffnungsbilanz aus. Er merkt an, dass hierdurch eine korrekte Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage der Stadt in Zukunft gewährleistet ist. Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen bringt er sein Unverständnis über den neuen Koalitionsvertrag der Landesregierung zum Ausdruck, wonach den Kommunen die Wahl gelassen wird, die Doppik einzuführen. Stadtrat Rösler übt weiterhin Kritik, dass aus seiner Sicht nicht ausreichend im Ausschuss FG über das Thema diskutiert wurde und er aus diesem Grund die vorliegende Drucksache DS0056/11 abgelehnt hat.

Abschließend signalisiert Stadtrat Rösler die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache DS0056/11.

Stadtrat Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht im Namen seiner Fraktion ebenfalls den Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit dem Dezernat Finanzen und Vermögen aus. Er kündigt an, dass seine Fraktion die Arbeit konstruktiv begleiten wird und signalisiert ebenfalls die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0056/11.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke dankt dem Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenfalls für die geleistete Arbeit. Er sieht darin ein positives Signal für den städtischen Haushalt und kündigt eine konstruktive Begleitung durch seine Fraktion an. Er signalisiert die Zustimmung zur Drucksache DS0056/11.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, hält die Einführung der Eröffnungsbilanz für eine gute Ausgangsbasis für die kommenden Jahre auch aus unternehmerischer Sicht.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile hält die Aufstellung der Eröffnungsbilanz für eine außerordentlich komplexe Aufgabe und dankt dem Dezernat Finanzen und Vermögen für die geleistete Arbeit. Er schließt sich voll inhaltlich der vorgetragenen Kritik des Stadtrates Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! an und spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme der Drucksache DS0056/1 aus.

Abschließend zeigt sich der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über die positive Resonanz erfreut. Er informiert, dass die Kosten für die komplexe Umstellung sich auf insgesamt 10 Millionen Euro belaufen. Er weist darauf hin, dass durch die Einführung der Doppik dem städtischen Haushalt nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Dr. Trümper verweist abschließend darauf, dass bei Ausbleiben der avisierten Zuwendungen z.B. aus dem Finanzausgleichsgesetz, im August ein neues Konsolidierungspaket fällig wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 845-32(V)11

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens die vorliegende vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010.

5.7.	Konsolidierungskonzept Eigenbetrieb Puppentheater der Stadt Magdeburg 2011-2015	DS0107/11
BE: Bürgermeister		

Der BA Puppentheater empfiehlt die Beschlussfassung.

Bezüglich der kritischen Anmerkung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass das vorgetragene Votum des BA Puppentheater nicht mit dem Beratungsergebnis übereinstimmt, stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass für die Eingabe in Session die geschäftsführenden Ämter und für die Richtigkeit der Niederschriften die Ausschussvorsitzenden zuständig sind.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0107/11 ein. Er geht dabei u.a. auf die Gründe der Defizite ein und weist weiter darauf hin, dass das Puppentheater eine Auslastung von 98% hat

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hinterfragt die Eilbedürftigkeit der Drucksache DS0107/11 und bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, dass das Land das Puppentheater weiter bezuschusst.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch geht erklärend auf die Nachfragen des Stadtrates Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! ein.

Stadtrat Müller, Mitglied des BA Puppentheater, macht deutlich, welche herausragenden Aufgaben das Puppentheater leistet und bittet die Stadträtinnen und Stadträte darum, sich davon zu überzeugen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 846-32(V)11

Der Stadtrat beschließt das Konsolidierungskonzept Eigenbetrieb Puppentheater der Stadt Magdeburg 2011 – 2015 zum Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebs Puppentheater der Stadt Magdeburg gemäß Anlage.

5.8. Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 111-5 "Milchweg/Birkenweiler 4. Gartenweg" DS0003/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 847-32(V)11

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 111-5 „Milchweg/Birkenweiler 4. Gartenweg“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).
Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1 Bürgerversammlung vom 06.07.10:

a) Stellungnahme

Es wird der Vorschlag unterbreitet, die bestehende Fußwegverbindung zwischen Milchweg und

4. Gartenweg zu unterbinden.

b) Abwägung:

Die Bebauungsplanaufstellung initiiert hier keine Veränderung. Diese bestehende Fußwegverbindung stellt einen wichtigen Zugang zur südlich gelegenen Kindertagesstätte dar und dient generell der Durchlässigkeit der Siedlung für Fußgänger auch nach Entfall des Schulstandortes. Hier besteht ein öffentliches Interesse. Die Durchwegung stellt keine Belästigung der Anwohner am 4. Gartenweg dar und soll in der bestehenden Form aufrecht erhalten bleiben.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.2 Bürgerversammlung vom 06.07.10:

a) Stellungnahme:

Die Festsetzung des B-Planes zur öffentlichen Straßenverkehrsfläche im nördlichsten Abschnitt des 4. Gartenweges entspricht nicht der Realität. Hier wurde Grunderwerb vorgenommen, eine Einzäunung und private Nutzung besteht.

b) Abwägung:

Der Sachverhalt wurde geprüft. Grunderwerb von Privat wurde nicht getätigt, lediglich eine Verpachtung vorgenommen. Da diese Fläche jedoch nicht mehr als öffentliche Straßenverkehrsfläche benötigt wird, wurden die Festsetzungen des B-Planes zum Entwurf geändert, Wohnbaufläche festgesetzt. Die Klärung bzw. Anpassung der Eigentumsverhältnisse kann nachfolgend erfolgen.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.3 Bürgerversammlung vom 06.07.10:

a) Stellungnahme:

Es bestehen erhebliche Bedenken zur Erschließung der zukünftigen Baugrundstücke über den 4. Gartenweg. Die Straße ist dafür nicht geeignet. Die neuen Bauherren würden die bestehenden Zufahrten zuparken, Andienungs- und Rettungsverkehre wären nicht gesichert.

b) Abwägung:

Es war im Vorentwurf die Erschließung von 4 bis 5 neuen Baugrundstücken über den 4. Gartenweg vorgesehen. Nach Auskunft der Feuerwehr, der Straßenverkehrsbehörde und des Abfallwirtschaftsbetriebes wäre der 4. Gartenweg für zusätzliche Verkehre in diesem Umfang auch geeignet. Dennoch wird den Ansinnen der Grundstücksbesitzer Rechnung getragen und das bestehende Grundsystem der lediglich einseitigen Erschließung über die Gartenwege der Siedlung Birkenweiler beibehalten. Die neuen Parzellen werden über eine private innere Erschließungsstraße neu erschlossen. Der 4. Gartenweg dient nicht mehr der verkehrlichen Erschließung neuer Baugrundstücke.

Beschluss 2.3: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.4 Untere Immissionsschutzbehörde, Schreiben vom 12.08.10:

a) Stellungnahme:

Die Nutzung der Sporthalle nach 22 Uhr ist auszuschließen. Die Parkfläche der Sporthalle sollte außerhalb des Plangebietes liegen.
Die regelmäßige Nutzung der Sporthalle an Sonn- und Feiertagen sollte ausgeschlossen werden.

b) Abwägung:

Die Sporthalle wird nur bis 22 Uhr genutzt. Da die Stellplatzflächen nicht ohne erheblichen Aufwand und nicht in räumlicher Nähe außerhalb des Plangebietes zu verlegen sind, muss die vorhandene Fläche westlich der Sporthalle weiter genutzt werden. Durch eine schalltechnische Berechnung konnte der Nachweis erbracht werden, dass bei Einhausung der Stellplätze mit einer Carportanlage gesunde Wohnverhältnisse zu garantieren sind. Eine entsprechende textliche Festsetzung sichert die Ausbildung der Bauteile dieser Gemeinschaftscarportanlage in der notwendigen Schallschutzklasse.

Beschluss 2.4: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

5.9.	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 111-5 "Milchweg/ Birkenweiler 4. Gartenweg"	DS0004/11
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 848-32(V)11

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 111-5 „Milchweg/Birkenweiler 4. Gartenweg“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Von einer Umweltprüfung wird nach § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB abgesehen.
2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 111-5 „Milchweg/Birkenweiler 4. Gartenweg“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

5.10. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-5.1 DS0007/11
"August-Bebel-Damm 17"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Leiter des Stadtplanungsamtes Herr Olbricht, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann, bringt den Änderungsantrag DS0007/11/1 des Oberbürgermeisters ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0007/11/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 4 der DS0007/11 wird wie folgt geändert:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.“

In der Begründung zum Bebauungsplan wird das Kapitel „Rechtsgrundlagen“ dem geänderten Beschluss angepasst. Die neue Seite 1 der Begründung ist als Anlage beigefügt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0007/11/1 des Oberbürgermeisters mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 849-32(V)11

1. Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend des Abwägungsergebnisses wird zugestimmt. Die Behandlung der Stellungnahmen, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung gem. § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.
Die bereits mit Beschlussfassung des Stadtrates vom 14.10.10 gefassten Einzelbeschlüsse bzw. die zugehörigen Abwägungsergebnisse wurden überprüft und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 28.04.11 den

vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-5.1 „August-Bebel-Damm 17“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.

3. Die Begründung zum Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.11. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 178-5 DS0011/11
 "Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 850-32(V)11

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 04.09.03 mit Beschluss-Nr. 2600-71(III)03 für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden: im rechten Winkel von den Bahnschienen östlich der Theodor-Kozlowski-Straße verlängert auf die Südgrenze des Hafenbeckenflurstückes, weiter an dessen Ostgrenze ca. 74 m in nördlicher Richtung und im rechten Winkel bis zur Böschungsoberkante der Elbböschung;
 - im Osten: entlang der Böschungsoberkante der Elbböschung;
 - im Süden: im rechten Winkel von der Oberkante der Elbböschung bis auf die Nordostecke des Flurstückes 10158 der Flur 274 und entlang der nördlichen Gebäudegrenzen in Verlängerung bis zu den Bahnschienen an der Ostseite der Theodor-Kozlowski-Straße;
 - im Westen: entlang der östlichen Straßenraumbegrenzung der Theodor-Kozlowski-Straße;

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

Die Aufhebung erfolgt gem. § 1 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren, da keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB bestehen. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichtes wird verzichtet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Die betroffene Öffentlichkeit hatte gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Rahmen einer öffentlichen Auslegung Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Rahmen dieser Beteiligung gingen keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen ein. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
3. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 178-5 „Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark“ ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

5.12.	4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225-2 "Saures Tal" in einem Teilbereich im vereinfachten Verfahren und öffentliche Auslegung des Änderungsentwurfs	DS0014/11
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 851-32(V)11

1. Der seit dem 29.12.1998 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 225-2 "Saures Tal" soll in einem Teilbereich im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB geändert werden. Die Änderung umfasst die Flurstücke 110/15 und 110/95 (Flur 508). Planziel ist die Herstellung von Baurecht auf dem Flurstück 110/15 (Flur 508) und die Anpassung der Festsetzung für das Flurstück 110/95 (Flur 508) an die tatsächlichen Gegebenheiten.

Gemäß § 13 Abs. 2 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

2. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 225-2 „Saures Tal“ in einem Teilbereich und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

Eine Umweltprüfung wurde in Anwendung des § 13 a Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB nicht durchgeführt.

3. Der Entwurf der 4. Änderung und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt parallel zur Auslegung des Entwurfs.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

5.13. Verkleinerung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. DS0032/11
103-5 "Südlich Burger Straße/Ihleburger Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 852-32(V)11

1. Der Stadtrat beschloss gemäß § 1 Abs.3 Satz 1 und § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB am 06.12.07, den Bebauungsplan Nr. 103-5 „Südlich Burger Straße/Ihleburger Straße“ aufzustellen. Dieser Beschluss wird geändert.

Das Plangebiet wird verkleinert und neu umgrenzt:

- im Norden: von der Südseite der Burger Straße (Flurstücke 10312, 10261, 10186),
- im Osten: von der Westseite der Flurstücke 10153 und 916/65,
- im Süden: von der Nordseite des Flurstückes 10536,
- im Westen: von der Westseite des Flurstückes 10262 (alles Flur 204).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene, verkleinerte Plangebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Die Planungsziele werden an den neuen Geltungsbereich wie folgt angepasst:

Das Plangebiet soll als Gewerbegebiet entwickelt werden. Zentrenrelevanter Einzelhandel soll dabei weitgehend ausgeschlossen werden. Die verkehrliche Erschließung soll vom Knoten Burger Straße / Ihleburger Straße aus über eine neue öffentliche Straße in Verlängerung der Ihleburger Straße erfolgen.

Im nordwestlichen Teilbereich sollen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt werden.

Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan ist der Bereich als gewerbliche Baufläche und als Grünfläche ausgewiesen.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des geänderten Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg erfolgen.

5.14. Benennung des Quartiers "Wissenschaftshafen" DS0033/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 853-32(V)11

die Benennung des Quartiers „Wissenschaftshafen“

5.15. Einziehung eines Teilstücks der Juri-Gagarin-Straße DS0047/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 854-32(V)11

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Einziehung eines Teilstücks der Juri-Gagarin-Straße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.16. Behandlung der Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 103-2C "Korbwerder" DS0549/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 855-32(V)11

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 103-2C „Korbwerder“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend des Abwägungsergebnisses wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

2. Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1. Städtische Werke Magdeburg GmbH, Schreiben vom 25.08.10:

a) Stellungnahme:

Elektroenergieversorgung (Im Auftrag und im Namen der SWM-Netze GmbH)
Grundsätzliche Einwände gegen das Vorhaben bestehen nicht. Eine Zustimmung seitens der Elektroversorgung kann aber nur bei Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise erteilt werden.

Begründung Punkt 6.4 „Ver- und Entsorgungsanlagen“:

Der pauschalen Aussage, dass im August-Bebel-Damm die notwendigen Versorgungsanlagen anliegen (analog auch im Punkt 5.5 „Ver- und Entsorgung“), kann in Bezug auf die Elektrizitätsversorgung nicht uneingeschränkt zugestimmt werden. Im August-Bebel-Damm liegt ein 10 KV-Mittelspannungskabel, welches noch freie Reserven aufweist. Nach der Größe und zu erwartenden gewerblichen, nicht-industriellen Nutzung wird aus Sicht der Elektroversorgung eingeschätzt, dass der Bedarf an gleichzeitiger Leistung für das Gesamtgelände über dieses Kabel abgedeckt werden kann, sofern diese Reserve nicht wesentlich überschritten wird und sofern sich keine Kunden mit einer besonderen Verbrauchscharakteristik (Stoßbetrieb, größere Erzeugungsanlagen z. B.) ansiedeln. Sofern diese Bedingungen nicht eingehalten werden können, ist eine äußere Erschließung zum Umspannwerk Rothensee erforderlich.

Die Formulierung „Darüber hinaus gehende Bedarfe der zukünftigen Nutzung für die innere Erschließung ... müssen ... ggf. über dingliche Sicherung eingeordnet werden.“

ist insofern problematisch, wenn es sich um Bedarfe für die öffentliche Erschließung auf privaten Flächen handelt. Um diesem Problem abzuwehren, wird folgender Vorschlag unterbreitet: Im Planteil A sollte eine Fläche von 6 Metern in der Breite und 4 Metern in der Tiefe direkt angrenzend an die öffentliche Verkehrsfläche an der Nordseite der Erschließungsstraße, zwischen den Flächen GE und SO2 Hafen als Versorgungsfläche Elektrizität festgesetzt werden.

Des Weiteren sollte die Festsetzung, dass gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) bei Bedarf des Versorgungsnetzbetreibers (VNB) je Grundstück eine Fläche wie beschrieben bereitzustellen ist, in den Planteil B aufgenommen werden.

b) Abwägung:

Der Vorschlag der SWM wurde aufgegriffen und vorsorglich eine Fläche für Versorgungsanlagen im Bebauungsplan an der Erschließungsstraße in der genannten Größe festgesetzt.

Die Begründung zum Bebauungsplan wurde im Punkt „Ver- und Entsorgungsanlagen“ bezüglich der Elektroenergieversorgung ergänzt im Sinne der Stellungnahme der SWM.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.2. Magdeburger Hafen GmbH, Schreiben vom 19.08.10:

a) Stellungnahme:

Die im B-Plan-Entwurf enthaltenen Flurstücksbezeichnungen sind dem aktuellen Katasterstand anzupassen. Eine Neuvermessung und die Fortführung der ausgewiesenen Flurstücke sind teilweise erfolgt.

Im Plan fehlt der in Planung befindliche Ersatz der Hafenbrücke. Auch der geplante Bahndamm gehört zur Eisenbahninfrastruktur und ist entsprechend auszuweisen.

Zur Anbindung des Gebietes an den August-Bebel-Damm liegt bereits eine Detailplanung vor, die mit dem Tiefbauamt abgestimmt ist. Der B-Plan ist anzupassen. Die Fläche südlich des Gleisbogens und nördlich des Gleises über die Eisenbahnbrücke ist als SO-2-Fläche ausgewiesen, aber tatsächlich zukünftig nicht nutzbar. Entsprechend dem in Arbeit befindlichen Sanierungskonzept soll hier evtl. wegen des verschmutzten Grundwassers eine Grundwasserfilterstelle eingebaut werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen auch ein steigendes Verkehrsaufkommen auf der Straße und somit auch auf den vorhandenen Bahnübergang im nordwestlichen Teil (Einmündung Gasereistraße) nach zieht. Es wird somit auf die Notwendigkeit einer technischen Sicherung des Bahnüberganges der Hafenbahn hingewiesen.

b) Abwägung:

Eine Überprüfung der Kartengrundlage wurde im Ergebnis der Stellungnahme vorgenommen. Die Plangrundlage wurde im Ergebnis aktualisiert und der weiteren Bearbeitung zu Grunde gelegt.

Diese Planung wurde nachrichtlich in den geänderten Entwurf zum B-Plan übernommen.

Die aktuelle Ausbauplanung wurde den geänderten Festsetzungen zu Grunde gelegt.

Im Rahmen eines auswertenden Gesprächs zur Stellungnahme des Hafens wurden die möglichen Festsetzungen diskutiert und einvernehmlich die Beibehaltung dieser Nutzungsart entschieden.

Der Hinweis wird an die zuständigen Ämter und Behörden weitergeleitet. Er betrifft nicht unmittelbar die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.3. Magdeburger Hafen GmbH, Schreiben vom 19.08.10:

a) Stellungnahme:

Es ist unklar, warum Teilflächen als GE bzw. Gle ausgewiesen sind. Aufgrund der Nähe zur Spundwand sollte überall SO₂ oder GI ausgewiesen werden.

b) Abwägung:

Aufgrund der Nähe zur Ortslage Rothensee mit schutzwürdiger Wohnnutzung kann nicht der gesamte Bereich als Sondergebiet Hafen festgesetzt werden. Eine Änderung erfolgte jedoch für das östliche Gewerbegebiet, allerdings mit gleicher Einschränkung hinsichtlich der zulässigen Emissionen.

Beschluss 2.3: Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

2.4. Magdeburger Hafen GmbH, Schreiben vom 19.08.10:

a) Stellungnahme:

Die Hafen GmbH hat eine Altlastenfreistellung für das gesamte Gelände von der Landesanstalt für Altlastenfreistellung. Deshalb sollte auch das gesamte Plangebiet als Altlastenfläche gekennzeichnet werden.

b) Abwägung:

Die Landesanstalt für Altlastenfreistellung hat die Darstellung der Altlastenfläche im B-Plan bestätigt. und wurde deshalb aufgrund der Stellungnahme des Hafens nochmals beteiligt. Die Fachbehörde hat die Kennzeichnungen des B-Planes nochmals bestätigt, so dass keine Veränderungen vorgenommen wurden.

Beschluss 2.4: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

5.17. Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs zum B-Plan 103-2C DS0550/10
"Korbwerder"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 856-32(V)11

1. Der 3. Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 103-2C „Korbwerder“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wurde durchgeführt und ist gemäß § 2a BauGB Bestandteil der Begründung.
2. Der 3. Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 103-2C „Korbwerder“, die Begründung und die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

5.18. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen DS0572/10
Bebauungsplan Nr. 354-2.1 "Wohnpark Frankefelde"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0572/10 Stellung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt umfassend kritisch zur vorliegenden Drucksache DS0550/10 Stellung und geht dabei insbesondere auf die Lärmschutzproblematik ein. Er bringt den Änderungsantrag DS0572/10/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht grundsätzliche Bemerkungen zum gesamten Verfahren.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla begründet das Beratungsergebnis des Ausschusses.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampff merkt an, dass der Ausschuss die Annahme der Drucksache DS0572/10 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages DS0572/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hält den Änderungsantrag DS0572/10/1 für rechtlich bedenklich und verweist auf das bestehende Immissionsrecht. Er beantragt die namentliche Abstimmung zur Drucksache DS0572/10.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Diskussion im Ausschuss StBV zur Lärmproblematik und ist erstaunt über die Ausführungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Annahme der Drucksache DS0572/10.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, begründet seine Zustimmung zur Drucksache DS0572/10.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt informiert, dass der Investor seine Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0572/10/1 bereits signalisiert hat.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! widerspricht den Ausführungen des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, bezüglich der Widergabe der Diskussion im Ausschuss StBV. Er signalisiert seine Zustimmung zur Drucksache DS0572/10 unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0572/10/1.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile teilt im Namen seiner Fraktion die vorgetragenen juristischen Bedenken des Stadtrate Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Er spricht sich abschließend für die Annahme der vorliegenden Drucksache DS0572/10 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg verweist in seinen Ausführungen auf die umfangreichen Aktivitäten seitens der Verwaltung, um bautechnische – und rechtliche Probleme auszuräumen. Er signalisiert die teilweise Zustimmung zur Drucksache DS0572/10 durch seine Fraktion.

Abschließend erhält der Ortsbürgermeister von Randau-Calenberge Herr Kräuter das Rederecht und hinterfragt die gesetzlichen Grundlagen zur möglichen Klage des Investors.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Der Investor wird beauftragt, in die Kaufverträge eine Regelung/Erklärung mit aufzunehmen, die die Käufer umfassend und transparent über die Nutzung der Anlage zu Sportzwecken und daraus resultierende Nutzungseinschränkungen und Festlegungen zum Schallschutz aufklärt und Ansprüche auf Haftung gegenüber der Stadt bzw. auf Unterlassung der Nutzung der Anlage zu Sportzwecken durch die Gestaltung entsprechender Klauseln damit ausgeschlossen werden.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung zur Drucksache DS0572/10. **(Anlage 4)**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0572/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 42 Ja-, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 857-32(V)11

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Verbände gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung) und § 4 Absatz 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache (DS0572/10), wird gebilligt.

2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 „Wohnpark Frankefelde“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

Es wurde eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a BauGB wurde ein Umweltbericht als gesonderter Bestandteil der Begründung erstellt.

3. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 „Wohnpark Frankefelde“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

4. Der Investor wird beauftragt, in die Kaufverträge eine Regelung/Erklärung mit aufzunehmen, die die Käufer umfassend und transparent über die Nutzung der Anlage zu Sportzwecken und daraus resultierende Nutzungseinschränkungen und Festlegungen zum Schallschutz aufklärt und Ansprüche auf Haftung gegenüber der Stadt bzw. auf Unterlassung der Nutzung der Anlage zu Sportzwecken durch die Gestaltung entsprechender Klauseln damit ausgeschlossen werden.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.1. Rechtsstreitigkeiten DS0414/10/17
 Fraktion CDU/BfM
 WV v. 13.12.2010 (Haushaltsdebatte)/31.03.2011
-

Der Änderungsantrag A0414/10/17 wird bis zum Herbst 2011 **zurückgestellt**.

- 6.2. Denkmalbeirat A0121/10
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen
 WV v. 16.09.2010
-

Die Ausschüsse K und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Hierzu liegt der interfraktionelle Änderungsantrag A0121/10/1 vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Antrag A0121/10 ein.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, nimmt zur Problematik Stellung und führt aus, dass man auch die ehrenamtlichen Denkmalpfleger mit einbeziehen sollte und sieht in dieser Frage dringend Nachholebedarf.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Stadt bei privaten Denkmälern (wie z.B. Kristallpalast) machtlos ist und auch einem Denkmalbeirat die Hände gebunden wären.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf und regt an, in dieser Frage aktiv zu werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Änderungsantrag A0121/10/1 einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat im III. Quartal 2011 einen Verfahrensvorschlag für die Berufung eines Gestaltungs- und Denkmalbeirates, gemäß Stellungnahme S0247/10, zu unterbreiten. Der Vorschlag soll konkrete Angaben über die Aufgabenstellung, Zusammensetzung und eventuell mögliche finanzielle Unterstützung des Beirates beinhalten.

Gemäß Antrag A0121/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des interfraktionellen Änderungsantrages A0121/10/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 858-32(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftrag, dem Stadtrat im III. Quartal 2011 einen Verfahrensvorschlag für die Berufung eines Gestaltungs- und Denkmalbeirates, gemäß Stellungnahme S0247/10, zu unterbreiten. Der Vorschlag soll konkrete Angaben über die Aufgabenstellung, Zusammensetzung und eventuell mögliche finanzielle Unterstützung des Beirates beinhalten.

6.3.	LH Magdeburg - Zweitgrünste Stadt Deutschlands	A0144/10
	Fraktion DIE LINKE	
	WV v. 14.10.2010	

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile hält die vorliegende Stellungnahme S0042/11 für undurchsichtig. Er geht auf die Intention des Antrages A0144/10 ein und fordert ein handbares Konzept. Stadtrat Theile bittet abschließend um Zustimmung zum Antrag A0144/10.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet die vorliegende Stellungnahme S0042/11 der Verwaltung und sieht den Antrag A0144/10 damit eigentlich als erfüllt. Er hält es für sinnvoll, in den Fachausschüssen nach einer Formulierung zu suchen, die alle Belange beinhaltet.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, führt aus, dass nach seiner Auffassung in der vorliegenden Stellungnahme S0042/11 alles ausführlich dargestellt ist. Er empfiehlt, den Antrag A0144/10 zurückzustellen.

Stadtrat Westphal, Mitglied im BA SFM, begründet umfassend das Votum des Ausschusses.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz schließt sich den Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion BfM/CDU, hält den Antrag A0144/10 mit der vorliegenden Stellungnahme S0042/11 ebenfalls für erledigt. Er signalisiert für seine Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0144/10.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erläutert nochmals umfassend die Intention des Antrages A0144/10.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkamp argumentiert für die Annahme des Antrages A0144/10.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Frage der Einheitlichkeit zum Grün der Stadt ein und erläutert die einzelnen Zuständigkeiten. Er sieht keine Notwendigkeit, den Antrag A0144/10 zu beschließen.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, hält die Ausführungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, für widersprüchlich.

Nach weiterer umfangreicher Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 19 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 859-32(V)11

Der Antrag A0144/10 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Maßnahmen unternommen wurden und werden, um

- die LH Magdeburg als mind. zweitgrünste Stadt Deutschlands zu erhalten;
- den Grünbestand, dabei insbesondere den Baumbestand (einschließlich den Straßen begleitenden bis hin zu Alleen) sowie den Bestand an Grünanlagen zu sichern und zu erhalten und dessen weitere Entwicklung auch unter makro- und mikroklimatischen wie auch sozialen Aspekten zu fördern;
- ausgewiesene Landschaftsschutz- bzw. Naturschutzgebiete zu pflegen und zu erhalten;
- konkrete Kriterien für die Berücksichtigung der Belange von Stadtgrün bei Baumaßnahmen aufzustellen, zu aktualisieren sowie durchzusetzen und zu kontrollieren (beginnend von Ausgleichsmaßnahmen bis hin zu adäquaten Baumscheiben);
- handlungsleitende Ziele aus der jüngst veranstalteten IBA-Fachkonferenz zum Thema „Grünes Leben an und mit der Elbe. Grüner Freiraum und sein Wert“ passgenau für die LH Magdeburg abzuleiten und umzusetzen;

wird **abgelehnt**.

6.4. Graffiti-Projekt Lärmschutzwand

A0156/10

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 11.11.2010

Die Ausschüsse K und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0156/10/1.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0156/10/2.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktion zur Thematik Stellung.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0156/10 ein. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses StBV bringt er den Änderungsantrag A0156/10/1 und bittet um Zustimmung. Er signalisiert auch die Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag A0156/10/2 des Ausschusses UwE.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkamp bringt den Änderungsantrag A0156/10/2 ein.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, bezweifelt in seinen Ausführungen die Statthaftigkeit, Lärmschutzwände mit Graffiti zu gestalten.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke hat ebenfalls erhebliche Bedenken und sieht darin auch eine Gefährdung des Straßenverkehrs. Er signalisiert die Ablehnung zum Antrag A0156/10 durch seine Fraktion.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Verwaltung aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, die gesamte Lärmschutzwand gestalten zu lassen, lediglich 20 – 30 m.

Stadtrat Stage, Mitglied im Ausschuss StBV, geht nochmals auf die Intention des Änderungsantrages A0156/10/1 ein.

Stadtrat Wendenkamp, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt im Namen seiner Fraktion das Grundanliegen sehr und regt an, eventuell einen Wettbewerb durchzuführen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann hält den vorliegenden Änderungsantrag A0156/10/1 des Ausschusses StBV für zustimmungsfähig.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, äußert seine Bedenken zur Finanzierung des Graffiti-Projektes. Er spricht sich für die Ablehnung des Änderungsantrages A0156/10/2 des Ausschusses UwE aus.

Im Rahmen der weiteren Diskussion verweist der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche auf einen bereits stattgefundenen Wettbewerb in dieser Angelegenheit und kündigt an, über weitere Graffitik-Projekte zu informieren.

Abschließend verweist Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, auf das Graffiti-Projekt am Damaschkeplatz, welches von der Bevölkerung begrüßt wurde.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0156/10/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird um folgenden Satz ergänzt.

Die künstlerische Gestaltung mit Motiven mit Bezug zu Magdeburg soll dabei deutlich im Vordergrund stehen.

Gemäß Änderungsantrag A0156/10/2 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Beschlusstext ist wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen fett)

der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die neu zu errichtende Lärmschutzwand Neustädter See/ Kannenstieg in einem gemeinsamen Projekt, an dem sowohl ungeübte als auch professionelle Sprayer beteiligt sind, zu gestalten **in der Art, dass Eigenbetriebe und in Magdeburg ansässige Vereine und Verbände auf ihr Tun aufmerksam machen.**

Zu prüfen ist, ob die Gestaltung der Lärmschutzwand auch auf die Außenseiten (für die Anwohner sichtbar) ausgedehnt werden kann.

Gemäß Antrag A0156/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge A0156/10/1 und A0156/10/2 mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 860-32(V)11

der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die neu zu errichtende Lärmschutzwand Neustädter See/ Kannenstieg in einem gemeinsamen Projekt, an dem sowohl ungeübte als auch professionelle Sprayer beteiligt sind, zu gestalten in der Art, dass Eigenbetriebe und in Magdeburg ansässige Vereine und Verbände auf ihr Tun aufmerksam machen.

Zu prüfen ist, ob die Gestaltung der Lärmschutzwand auch auf die Außenseiten (für die Anwohner sichtbar) ausgedehnt werden kann.

Die künstlerische Gestaltung mit Motiven mit Bezug zu Magdeburg soll dabei deutlich im Vordergrund stehen.

6.5.	Wiederherstellung des ehemaligen Kinderspielplatzes Goethestraße/Martin-Agricola-Straße	A0162/10
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 11.11.2010	

Der BA SFM und der FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0162/10 ein und bittet um Zustimmung. Er nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag A0162/10/1 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Änderungsantrag A0162/10/1 ein.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! verweist auf die umstrittene Diskussion im Ausschuss FG zur Eignung dieses Platzes als Spielplatz.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke folgt im Namen seiner Fraktion dem Änderungsantrag A0162/10/1.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht seine Verwunderung darüber aus, dass der Leiterin des Eigenbetriebes SFM Frau Andruschek nicht das Wort erteilt wird. Er verweist in seinen Ausführungen auf die Beschlusslage des Stadtrates zur zukünftigen Gestaltung und Einrichtung von Kinderspielplätzen in der Stadt bittet darum, dem Votum des BA SFM zu folgen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen auf die vorliegende Stellungnahme S0301/10 der Verwaltung und merkt an, dass die Fläche für die Errichtung eines Kinderspielplatzes eigentlich zu klein ist. Er hält den Änderungsantrag A0162/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! für sinnvoll.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht nochmals auf die Intention des Antrages A0162/10 ein. Er lehnt den Änderungsantrag A0162/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! ab.

Bezüglich der weiteren Verfahrensweise führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass entsprechend des Änderungsantrages A0162/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! das Prüfergebnis vorgelegt wird und danach eine Entscheidung getroffen wird.

Der Antrag A0162/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in der Fassung des Änderungsantrages A0162/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zur Abstimmung gestellt.

Gemäß Antrag A0162/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat in der Fassung des Änderungsantrages A0162/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 861-32(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie ein Spielbereich für Kinder unter 12 Jahren auf dem Spielplatz Europaring möglichst noch in diesem Jahr, spätestens aber bis Ende 2012 eingerichtet werden kann.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 5)

6.6.	Evaluierung der Magdeburger Hundeauslaufwiesen	A0168/10
	Fraktion DIE LINKE WV v. 11.11.2010	

Die Ausschüsse KRB und UwE empfehlen die Beschlussfassung. Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0168/10/1.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0168/10 ein. Er bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0317/10 als positiv und bittet um Zustimmung zum Antrag A0168/10.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, führt aus, dass das Problem mit dem Antrag A0168/10 nicht gelöst werden kann. Sie signalisiert die Stimmenenthaltung ihrer Fraktion zum Antrag A0168/10.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nimmt kritisch zum Antrag A0168/10 Stellung und empfiehlt, diesen zurückzuziehen.

Stadtrat Stage, Mitglied im Ausschuss StBV, begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0168/10/1.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann verweist auf eine Reihe von Gesprächen mit Verbänden und den GWA`s und hält eine Untersuchung für nicht notwendig. Er bittet darum, dem Votum des BA SFM zu folgen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann und spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0168/10 aus.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Herbst informiert über das Diskussionsergebnis. Er hält die Antragstellung im Sinne des Tierschutzes und aus ordnungspolitischen Gründen für gerechtfertigt.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zur Problematik Stellung. Er geht dabei u.a. auf die Frage des Aufwandes einer Evaluierung der Hundeauslaufwiesen ein und empfiehlt, diesbezüglich Gespräche mit den entsprechenden Interessenverbänden zu führen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht kritisch auf die Höhe der Kosten für die Untersuchungen ein und lehnt den Antrag A0168/10 ab.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals auf die Intention des Antrages A0168/10 ein.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 3 Jastimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0168/10/1 des Ausschusses StBV –

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Evaluierung soll auch qualitative Kriterien durch eine direkte Befragung der Hundehalter enthalten. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja-, 25 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 862-32(V)11

Der Antrag A0168/10 der Fraktion DIE LINKE -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bestehende System an Hundeauslaufwiesen in der LH Magdeburg unter Beteiligung einschlägiger Magdeburger Tierschutz- und Umweltverbände sowie der Gemeinwesenarbeitsgruppen und unter Beachtung aktueller Kennziffern des demographischen Wandels und der Magdeburger Siedlungsstruktur bis Dezember 2011 fortzuschreiben und weiterzuentwickeln zu einem auch für die Zukunft tragfähigen Konzept.

Dabei ist zunächst als Grundlage der weiteren konzeptuellen Planung auch Kenntnis über das tatsächliche Nutzungsverhalten hinsichtlich der einzelnen Hundeauslaufwiesen zu erlangen und im Rahmen der Konzepterstellung/-fortschreibung entsprechend zu dokumentieren.

Über den Fortgang und das Ergebnis ist der Stadtrat in geeigneter Form zu informieren. –

wird **abgelehnt**.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Boeck übernimmt die Sitzungsleitung.

6.7.	Einsatz von Laubpustern und Laubsaugern vermeiden	A0180/10
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 09.12.2010	

Der Antrag A0180/10 wurde bis zum Herbst 2011 **zurückgestellt**.

6.8.	Magdeburger Stadtansichten - Bildschirmschoner für Bürger	A0003/11
	FDP-Fraktion WV v. 27.01.2011	

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0003/11/1 der FDP-Fraktion.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0003/11 und den Änderungsantrag A0003/11/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0003/11/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Punkt 3 des Antragstextes wird ersetzt durch:

3. Mit dem Relaunch der städtischen Homepage 2011 soll eine Erweiterung dieses interaktiven Angebotes eingebunden werden.

Gemäß Antrag A0003/11 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0003/11/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 863-32(V)11

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen des Internetauftrittes der Stadt ein Angebot zum Downloaden von prägnanten historischen und aktuellen Stadtansichten aufzubauen.
2. Diese Stadtansichten sind als kostenlose Downloads für Bildschirmschoner für interessierte Bürger zu kommunizieren, um die Verbundenheit zur Heimatstadt zu dokumentieren.
3. Mit dem Relaunch der städtischen Homepage 2011 soll eine Erweiterung dieses interaktiven Angebotes eingebunden werden

6.9.	10.000 Stunden für Ottos Enkel	A0007/11
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 27.01.2011	

Die Ausschüsse BSS und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0007/11 ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A007/11/1 ein und begründet ihre ablehnende Haltung im Ausschuss BSS. Sie signalisiert im Namen ihrer Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0007/11.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt zum Antrag A0007/11 Stellung und verweist dabei auf die unterschiedlichen Möglichkeiten, in dieser Frage vorzugehen. Er begrüßt den Vorschlag, einen Workshop durchzuführen und sieht ebenfalls Handlungsbedarf.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf verschiedene Projekte in den letzten Jahren. Er geht weiterhin auf das Bildungspaket der Bundesregierung ein und regt an abzuwarten, wie dieses anläuft.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke unterstützt die Argumentation des Stadtrates Haller, FDP-Fraktion und kann die Intention des Antrages A0007/11 nachvollziehen. Er regt an, dieses Thema auf der Bildungskonferenz zu diskutieren.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt die Anregung des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke auf, in der Zielsetzung des Antrages A0007/11 im Zusammenwirken mit den

Dezernaten III und V eine Anschlussveranstaltung an die Bildungskonferenz durchzuführen, die entsprechenden Akteure einzuladen und die laufenden Projekte vorstellen zu lassen.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet den Antrag A0007/11 als etwas weltfremd und verweist in diesem Zusammenhang auf zahlreiche Angebote von Sozialprojekten. Er unterstützt die Anregung des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke und spricht sich dafür aus, auch die Schulen mit einzubeziehen, um dann zu sehen, wie man auf kommunaler Ebene tätig werden kann.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bittet darum, dem Vorschlag des Bürgermeisters Herr Dr. Koch zu folgen und die Vorschläge in einer Gesprächsrunde zu komprimieren. Er nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag A0007/11/1 der Fraktion DIE LINKE Stellung und bittet darum, den Punkt 5 des Beschlussvorschlages herauszunehmen.

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hält die Einbeziehung der Volkshochschule für fraglich und verweist auf das Klientel von über 50jährigen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fasst das Diskussionsergebnis zusammen und empfiehlt, den Antrag A007/11 in den Fachausschüssen zu qualifizieren.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0007/11 und des Änderungsantrages A0007/11/1 in die Ausschüsse BSS und Juhi zur gemeinsamen Sitzung - ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, spricht sich gegen den GO-Antrag aus und zieht den Änderungsantrag A0007/11/1 ihrer Fraktion **zurück**.

Stadtrat Dr. Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zieht im Ergebnis der Diskussion und vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung hierzu einen Erfahrungsaustausch macht, den Antrag A0007/11 **zurück**.

6.10.	Öffentlicher Fahrrad-Aktionstag	A0008/11
	Fraktion Bündnis90/Die Grünen	
	WV v. 27.01.2011	

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0008/11/1.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0008/11/2.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0008/11 ein und bittet um Klarstellung des Änderungsantrages A0008/11/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla bringt den Änderungsantrag A0008/11/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampff zieht den Änderungsantrag A0008/11/2 zurück mit der Maßgabe, dass der Fahrrad-Aktionstag nicht nur im Jahr 2011 durchgeführt wird.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn informiert über die Diskussion im Ausschuss und spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages A0008/11/1 des Ausschusses StBV aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0008/11/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Für das Jahr 2011 wird der Elberadeltag als öffentlicher Aktionstag im Sinne des Antrages deklariert und beworben.

Gemäß Antrag A0008/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0008/11/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 864-32(V)11

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit zur Radverkehrsförderung in Magdeburg wird der Oberbürgermeister beauftragt, beginnend mit dem Jahr 2011, jährlich einen öffentlichen Fahrrad-Aktionstag durchzuführen.

Bei der Durchführung eines solchen Aktionstages sind mögliche Partner, wie z.B. MVB, ADFC, interessierte Krankenkassen sowie Fahrrad- und Zubehörhändler einzubeziehen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit noch stärker auf den Radverkehr zu lenken sowie Aufwand und Kosten für einen solchen Aktionstag zu minimieren.

Städte wie Paderborn, Wuppertal, Düsseldorf, Karlsruhe und anderen, die bereits Erfahrungen mit solchen jährlichen Aktionstagen haben, sollten zum Erfahrungsaustausch herangezogen werden.

Für das Jahr 2011 wird der Elberadeltag als öffentlicher Aktionstag im Sinne des Antrages deklariert und beworben.

Neuanträge

- 6.11. Zwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative
Mitteldeutschland" A0053/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0053/11 in die Ausschüsse VW, RWB und FG – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0053/11 wird in die Ausschüsse VW, RWB und FG überwiesen.

- 6.12. Kosten für Kinderbetreuung A0052/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0052/11 in die Ausschüsse FuG, Juhi, FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0052/11 wird in die Ausschüsse FuG, Juhi, FG und VW überwiesen.

- 6.13. Relaunch Internetauftritt LH MD A0054/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0054/11 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0054/11 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

- 6.17. Bewahrung des bauhistorischen Erbes der Landeshauptstadt A0060/11
Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0060/11 in die Ausschüsse K und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0060/11 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

- 6.18. Einsatz von Bio-Hundekotbeuteln A0061/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0061/11 in die Ausschüsse UwE und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0061/11 wird in die Ausschüsse UwE und FG überwiesen.

- 6.19. Belegung der Goldschmiedebrücke A0051/11
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0051/11 in den Ausschuss StBV vor, der durch Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! um den Ausschuss RWB ergänzt wird.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, dass sich auch der Seniorenbeirat mit dem Antrag A0051/11 befasst.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0051/11 wird in die Ausschüsse StBV und RWB überwiesen.

6.20. Öffnung von Schuleinzugsbereichen

A0058/11

Interfraktionell

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0058/11/1 der Fraktion DIE LINKE vor.

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0058/11 in die Ausschüsse BSS und Juhi – vor, der durch Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM um den Ausschuss VW ergänzt wird.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen ergänzten GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0058/11 wird in die Ausschüsse BSS, Juhi und VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0058/11/1 der Fraktion DIE LINKE wird in die Beratung mit einbezogen.

6.21. Missbilligung Stadtrat Czogalla

A0045/11

Fraktion DIE LINKE

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile begründet umfassend den Antrag A0045/11. Er betrachtet den Antrag A0045/11 mit der Entschuldigung des Stadtrates Czogalla, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! in der Stadtratssitzung am 31.03.11 für **erledigt** und zieht ihn **zurück**.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz weist darauf hin, dass es für diese Antragstellung keinerlei Rechtsgrundlagen in der Gemeindeordnung gibt und zitiert aus einem Urteil. Jedem Stadtrat steht laut Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Recht auf Meinungsfreiheit zu.

6.22. Speakers' Corner für den Ulrichsplatz

A0049/11

Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0049/11 in die Ausschüsse UwE, RWB und KRB – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Haller, FDP-Fraktion, den Antrag A0049/11 in die Ausschüsse UwE, RWB und KRB zu überweisen, wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Im Anschluss nimmt der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke kritisch zum Antrag A0049/11 Stellung und kann diesen mit Hinweis auf den Antrag A0045/11 – TOP 6.21 der Fraktion DIE LINKE nicht nachvollziehen. Er empfiehlt, den Antrag A0049/11 abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt und der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster sprechen sich ebenfalls gegen die Annahme des Antrages A0049/11 aus.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, kann die vorgetragenen Argumente nicht nachvollziehen und geht auf die Intention des Antrages A0049/11 ein.

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! erläutert die Herkunft von Speakers` s Corner, merkt aber an dass man seiner Meinung nach überall seine Meinung sagen kann. Er lehnt den Antrag A0049/11 ab.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 865-32(V)11

Der Antrag A0049/11 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Prüfung der Einrichtung und Gestaltung einer „Speakers‘ Corner“ im Bereich des Ulrichsplatzes zu veranlassen und damit den Ulrichsplatz als Ort des Verweilens, des Erinnerns bzw. Mahnens zu einem Ort des demokratischen Dialogs und der gegenseitigen Achtung und gelebten Demokratie inmitten der LH Magdeburg qualitativ weiter zu entwickeln.

Die Ergebnisse dieser Prüfung sind in die Ausschüsse für StBV, Kultur, in den Verwaltungsausschuss und den BA SFM zu überweisen. –

wird **abgelehnt**.

6.23. Kompetenzen für Städtepartnerschaften bündeln

A0063/11

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass der Antrag A0063/11 bereits erfüllt ist und eine Stelle hierzu eingerichtet wurde.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag A0063/11.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE und den vorliegenden Antrag A0063/11. Er spricht sich dafür aus, die Aufgaben der eingerichteten Stelle klar zu benennen und die Ergebnisse auch dem Beirat „Städtepartnerschaften“ mitzuteilen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg führt aus, dass nach seiner Auffassung der Antrag A0063/11 in die falsche Richtung geht. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0063/11.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Antrages A0063/11 aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper kündigt an, dass er in den nächsten 14 Tagen den Beirat „Städtepartnerschaft“ einladen wird und ein Sachstandsbericht zur Thematik geben wird.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke spricht sich dafür aus, dem Antrag A0063/11 mit Hinweis auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zuzustimmen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 866-32(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Kompetenzen aller am Thema Städtepartnerschaften arbeitenden Akteure zu bündeln und Verantwortlichkeiten klarer festzulegen. Es wird darum gebeten, über die Ergebnisse hierzu im Verwaltungsausschuss noch vor der Sommerpause zu informieren.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes
Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30
Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Es wurden seitens der Einwohner keine Fragen gestellt.

Dem Vorschlag des 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Boeck, die Sitzung für heute zu beenden und am Montag, den 02.05.11 fortzusetzen wird seitens des Stadtrates gefolgt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Ortsbürgermeisters Randau/Calenberge Herrn Kräuter

Anlage 2 – Interfraktionelle Erklärung

Anlage 3 - Powerpointpräsentation des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen
Herrn Zimmermann zum TOP 5.6 – DS0056/11

Anlage 4 - Namentliche Abstimmung zum TOP 5.18 – DS0576/10

Anlage 5 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum TOP 6.4 – A0162/10

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Haller, Sven

Hans, Torsten

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rogée, Edeltraud

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Hofmann, Andrea

Meinecke, Karin

Schumann, Andreas

Siedentopf, Uta

Stern, Reinhard

Tietge, Lothar